

Ständerat Hannes Germann SVP/SH

NEIN zu einer Zweiklassen-AHV

Die AHV-Reform ist ungerecht. Besonders die Rentnergeneration wird gleich mehrfach bestraft. Obwohl es unter den jetzigen Rentnerinnen und Rentnern Personen gibt, die wirklich Unterstützung benötigen würden, wird die AHV pauschal und nur für alle Neurentner um 70 Franken ausgebaut. Das Problem ist, dass die seit 1985 eingeführte obligatorische berufliche Vorsorge auf 40 Jahre angelegt ist und damit erst im Jahr 2025 die volle Wirkung entfaltet. Damit haben jetzige Seniorinnen und Senioren nur eine bescheidene oder gar keine Rente in der zweiten Säule. Sie hätten eine Unterstützung nötiger als die meist gut abgesicherten Neurentner. Es zeigt sich, dass das Problem nicht erkannt wurde und die Lösung denjenigen keine Beachtung schenkt, welche wirklich Unterstützung benötigen würden. Gerade für die Ältesten wären 70 Franken oder auch mehr eine wichtige Stütze gewesen. Die Giesskannenlösung – für alle Neurentner etwas mehr, statt für die wirklich Bedürftigen den richtigen Betrag – lässt dies aber nicht zu. Damit nicht genug. Der AHV-Ausbau für Neurentner wird über eine Mehrwertsteuererhöhung finanziert. Damit müssen diejenigen, welche ohnehin wenig haben, auch noch mehr Steuern abgeben. Heutige Seniorinnen und Senioren werden daher mit der AHV-Reform gleich doppelt bestraft und zu Rentnern zweiter Klasse. Besonders ärgerlich für noch erwerbstätige Rentner ist zudem die ersatzlose Streichung des Freibetrages. Die heute von Sozialversicherungsabgaben befreiten monatlichen Fr. 1400.- Erwerbseinkommen von Rent-



nern werden neu abgabepflichtig. Damit verlieren Rentnerinnen und Rentner einen Anreiz, im Erwerbsleben zu bleiben. Sie könnten ihre grosse Erfahrung einbringen und bleiben aktiv. Offenbar will man diesen Anreiz aber wegnehmen. Eine demotivierende gesetzgeberische Fehlleistung.

Ungerecht ist die Scheinreform aber auch für unsere Kinder und Enkel. Denn trotz der hohen Reformkosten wird die Altersvorsorge mit dieser Vorlage nicht gesichert für sie. Im Gegenteil: Mit der ungerechten AHV-Reform schlittert die AHV noch tiefer in die Krise. Es sind unsere Kinder und Enkel, die den unterfinanzierten AHV-Ausbau mal bezahlen müssen. Damit es nicht so weit kommt, ersuche ich Sie, der ungerechten AHV-Scheinreform am 24. September eine klare Absage zu erteilen.